

Frohe Botschaft vom Fiskus

Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner rechnet für das Budget 2017 des Kantons Graubünden mit einem **Defizit von 20,1 Millionen Franken**. Das ist **besser als erwartet**.

► ENRICO SÖLLMANN

Im Finanzplan 2017–2020 hatte die Bündner Regierung für das nächste Jahr noch ein Minus von 50 Millionen Franken vorgesehen. Es soll nun aber besser werden. Das gestern in Chur den Medien vorgestellte Kantonsbudget 2017 weist nicht mehr dunkel-, sondern hellrote Zahlen aus. Bei Einnahmen und Ausgaben von rund 2,4 Milliarden Franken beträgt das Defizit 20,1 Mio. Franken. Der Fiskus prognostiziert damit gegenüber dem Vorjahresvoranschlag eine Verbesserung von gut 30 Mio. Franken.

«Die Luft rausgelassen»

Dass es bergauf geht, ist zum einen der restriktiven Budgetierung der Regierung zu verdanken, wie Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner ausführte. «Wir haben gewissermassen die Luft bei der Verwaltung rausgelassen, ohne jedoch Leistungen zu kürzen.» Andrea Seifert, Leiter der Finanzverwaltung, machte mit dem Bonmot «Klein-

vieh macht auch Mist!» darauf aufmerksam, dass in vielen Teilbereichen geringes Sparpotenzial bestanden hatte. Zum anderen rechnet der Kanton für nächstes Jahr mit zusätzlichen Einnahmen auf der Ertragsseite. Mehr Geld fliesst durch den nationalen Finanzausgleich (+12,3 Mio.) in die Staatskas-

se. Zudem wird der Gewinnanteil der Schweizerischen Nationalbank neu mit 15,9 Mio. Franken (bisher 8,0 Mio.) im Budget aufgeführt. Dies basierend auf einer Gewinnausschüttung an Bund und Kantone von einer Milliarde Franken.

GRAUBÜNDEN Seite 5



Regierungsrätin **Barbara Janom Steiner** erklärt mit Freude das gegenüber dem Vorjahr verbesserte Budget 2017. (FOTO YANIK BÜRKL)

«Ein Impuls für die Wirtschaft»

Weil die **finanziellen Aussichten** des Kantons spätestens **ab 2020 düster** werden, will die Bündner Regierung den Wirtschaftsstandort Graubünden langfristig stärken. Ein Mittel dazu: **Steuersenkungen für Unternehmen.**

► ENRICO SÖLLMANN

D

Die positiven Nachrichten vorweg: Die aktuelle Finanzlage des Kantons ist im Lot. Das widerspiegelt sich auch im Budget 2017, das Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner gemeinsam mit Andrea Seifert, Leiter der Finanzverwaltung, und seinem Stellvertreter Ernst Meier gestern in Chur den Medien präsentierte. Der kantonale Voranschlag 2017 sieht nur noch ein Defizit von 20,1 Mio. Franken vor, im Budget 2016 waren es noch 50,8 Mio. Franken (siehe Titelseite). Auf Nachfrage zeigten sich Janom Steiner und Seifert zudem zuversichtlich, im nächsten Jahr ein gegenüber dem Budget 2016 verbessertes operatives Ergebnis 2016 vorlegen zu können. Allein schon wegen der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank.

96 Millionen Defizit im Jahr 2020

Ab 2018 wird es dann harziger. Trotzdem durfte Janom Steiner gestern immerhin verbesserte Perspektiven gegenüber dem Finanzplan für die Jahre 2017 bis 2020 verkünden. Dank gezielter Entlastungsmassnahmen sei dies möglich, ohne aber ein Sparpaket schnüren zu müssen. So sollen die Defizite für die Jahre 2018 und 2019 nach jüngsten Berechnungen 45,3 beziehungsweise 70,9 Mio. Franken betragen. Im Finanzplan war die Regierung noch von 81,6 respektive 101,1 Mio. Franken ausgegangen.

Weil die Wachstumsschere jedoch immer weiter auseinandergeht, werden die Aussichten ab 2020 definitiv düster. Der Aufwand steigt nämlich jährlich um 1,6 Prozent, der Ertrag gleichzeitig jedoch nur um 0,5 Prozent. Das dürfte laut Janom Steiner dann zumal zu einem «sehr hohen» Defizit von 96 Mio. Franken führen. Ein Minus also, das die zulässige 50-Millionen-Franken-Grenze fast um das Doppelte übertrifft. Auf der Ausgabenseite werde sich künftig insbesondere die «hohe Dynamik» in den Bereichen



Regierungsrätin **Barbara Janom Steiner** und **Andrea Seifert**, Leiter der Finanzverwaltung, stellen das Kantonsbudget 2017 vor. (FOTO YANIK BÜRKLI)

Die Steuerreduktionen und ihre Folgen

Die Regierung beantragt dem Grossen Rat mit dem Budget 2017 folgende Senkungen der Steuerfüsse für die juristischen Personen:

- **Kanton** von 100 Prozent auf 90 Prozent
- **Gemeinden** von 99 Prozent auf 95 Prozent
- **Landeskirchen** von 10,5 Prozent auf 10 Prozent

Die Steuerfussreduktionen wirken sich im Wesentlichen erst ab 2018 aus. Sie führen für die Jahre 2017–2020 zu folgenden Ertragsausfällen je Staatsebene:

in Franken	Budget 2017	Finanzplan 2018	Finanzplan 2019	Finanzplan 2020
Kanton	1 010 000	7 580 000	8 480 000	8 250 000
Gemeinden	408 000	3 060 000	3 430 000	3 330 000
Landeskirchen	51 000	380 000	420 000	410 000
Total	1 469 000	11 020 000	12 330 000	11 990 000

Quelle: Kantonale Finanzverwaltung, Grafik: Bündner Tagblatt

Asyl, Bildung, Gesundheit und Soziales bemerkbar machen, was sich schon im aktuellen Budget ablesen lasse, so Janom Steiner. Ab 2020 sieht sich der Kanton zudem mit Unsicherheiten auf der Ertragsseite konfrontiert:

- Der maximale Wasserzins ist nur noch bis Ende 2019 gesichert. Eine neue Lösung für die Zeit ab 2020 wird derzeit intensiv diskutiert und verhandelt.
- Der nationale Finanzausgleich (NFA) könnte zulasten der Nehmerkantone, wie Graubünden einer ist, kippen.
- Die Umsetzung der 2012 angenommenen Zweitwohnungsinitiative

könnte sich in einzelnen Regionen negativ auswirken. Janom Steiner berief sich bei dieser Aussage auf ein kürzliches Treffen mit dem Bündner Baumeisterverband.

► Die Unternehmenssteuerreform (USR) III des Bundes, über welche das Schweizer Stimmvolk bereits am 12. Februar nächsten Jahres urteilen wird. Dazu gleich mehr.

«Im vorderen Mittelfeld bleiben»

Weil der finanzielle Haushalt, wie eingangs erwähnt, im Lot ist, und die gegenwärtig wirtschaftliche Situation schwierig ist, will die Regierung bereits heute «einen Impuls für die Wirtschaft» setzen, wie Ja-

nom Steiner betonte. So will die Regierung den Unternehmen steuerlich unter die Arme greifen. Sie plant, dem Grossen Rat mit dem Budget 2017 Steuersenkungen auf den Staatsebenen Kanton, Gemeinden und Landeskirchen vorzulegen, die Ausfälle von rund zwölf Millionen Franken ab 2018 zeitigen würden (siehe Tabelle). Die Gesamtsteuerbelastung für juristische Personen würde durch den Regierungsvorschlag von 16,7 auf 16,1 Prozent gesenkt. Sofern das Kantonsparlament im kommenden Dezember der Exekutive folgt, würden die Steuererleichterungen ab 2018 ihre volle Wirkung entfalten. Janom Steiner betonte, falls die Unternehmenssteuerreform III angenommen werden sollte, sei es das Ziel der Regierung, die Steuern für juristische Personen auf gar unter 15 Prozent zu reduzieren. «Bei der Steuerbelastung wollen wir im vorderen Mittelfeld der Kantone bleiben», so die Begründung der Finanzdirektorin. Alles in allem verspricht sich die Regierung von dieser «Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit» langfristig eine Stärkung des Wirtschaftsstandort Graubünden sowie der Erhalt der Steuereinnahmen.

Ebenfalls der Wirtschaft zugutekommen sollen die rekordhohen Nettoinvestitionen, die für 2017 mit 274 Mio. Franken budgetiert sind. 56 Prozent davon kann der Kanton selbst finanzieren. Das hohe Investitionsniveau will die Regierung bis 2020 halten. Das Geld soll vor allem in den Hoch- und Tiefbau sowie in die Bereiche Wald und Wirtschaftsentwicklung fliessen.

BAK Basel Economics analysiert

Um den Bündner Finanzhaushalt mittelfristig im Gleichgewicht zu halten, hat die Regierung zusätzlich zur straffen Budgetplanung eine Analyse bei BAK Basel Economics in Auftrag gegeben (im BT). Das Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut wird bis im Frühjahr 2017 die Kostenstrukturen des Kantons detailliert unter die Lupe nehmen – und zwar im interkantonalen Vergleich. Danach wird die Regierung ihre Schlüsse ziehen und Entlastungsmöglichkeiten aufzeigen.